
„Friedenszeugnis ohne Gew(a)ehr“

Die Bausoldaten als Teil der Friedensbewegung und des BEFG in der DDR

Reinhard Assmann

Einleitung

Zu den großen Gedenktagen und Jubiläen in diesem Jahr gehört auch der 7. September.

Vor 50 Jahren erließ der Nationale Verteidigungsrat der DDR eine Anordnung über die Aufstellung von Baueinheiten – die so genannten Bausoldaten. Damit reagierte die DDR-Führung zwei Jahre nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auf eine zunehmende Zahl von Wehrdienstverweigerern: Ein Wehrdienst *innerhalb* der Strukturen der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA), aber ohne Waffe. Einziger Unterschied der Uniform: ein kleiner Spaten auf der Schulter.

Ehemalige Bausoldaten treffen sich seitdem alle zehn Jahre, um ihre Erfahrungen zu reflektieren und – zu Zeiten der DDR – an Nachfolger weiterzugeben. Vor zehn Jahren erstmals in großer Form als Kongress mit dem Titel „Zivilcourage und Kompromiss“, in diesem Jahr unter dem schönen Slogan „Friedenszeugnis ohne Gew(a)ehr“, den ich über dieses Referat gesetzt habe, sozusagen als mein kleiner Beitrag zur Gedenkkultur ...

Aus den Überschriften wird schnell deutlich, dass die Entscheidung für den Wehrdienst bei den Bausoldaten durchaus als ein umstrittenes Friedenszeugnis galt, ein widerwilliger Kompromiss zwischen dem aktiven Militärdienst und der Totalverweigerung, die gewöhnlich zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe führte. Aber – und das ist meine Hauptaussage – gerade die permanente Auseinandersetzung der Bausoldaten über die Glaubwürdigkeit ihrer Entscheidung in den militärischen Strukturen beförderte bei ihnen friedensethische Bewusstseinsbildung und gemeinsames Handeln auch über die Dienstzeit hinaus. So wurden die Bausoldaten zu Förderern der DDR-Friedensbewegung.

Ich werde zuerst kurz das Phänomen Bausoldaten in der DDR beschreiben und zweitens einige Impulse der Bausoldaten für die Friedensbewegung nachzeichnen.

Da es in diesem Symposium um freikirchliche Perspektiven geht, hab ich mein Thema ergänzt um einen dritten Teil: Bausoldaten und Friedensbewegung und der BEFG in der DDR. Diese Untersuchung über die Entwicklung friedensethischer Positionen in unserer Freikirche bildet den Hauptteil meines Referats.

1. Bausoldaten in der DDR

Joachim Gauck in einer Laudatio auf die Bausoldaten (2004):

„Ich bin tief dankbar und werde auch immer davon sprechen, dass unter uns, mitten in dieser Gesellschaft, in der ein Angstanpassungssyndrom wie Mehltau über der ganzen Gesellschaft lag, dass sich mitten unter uns junge Männer gefunden haben, die bereit waren, ihrer Angst, nämlich unangepasst zu sein, den Abschied zu geben, und den Status einer Minderheit zu akzeptieren. Ich weiß aus vielen, vielen Gesprächen, dass gerade dieses Heraustreten aus dem Schutz der Masse überlebenswichtig ist. Ein Prinzip in uniformierten Gesellschaften ist es, dass man ein unerkennbarer Teil der Masse ist. Dann kann einem nichts passieren. Oder ziemlich wenig. Und da war *ihre* Entscheidung zum Bausoldatendienst, anders zu sein als die anderen.“¹

Wer waren die Bausoldaten? Zunächst einige Streiflichter zur Vorgeschichte und zur Entwicklung der Baueinheiten, zu Motiven und Zahlen.

1.1. Vorgeschichte und Entstehung der Anordnung für die Baueinheiten²

Ich knüpfe jetzt nicht beim Ersten Weltkrieg an (!), sondern springe in die kalte Nachkriegszeit der 50er Jahre.

Bereits in der Sowjetischen Besatzungszone gab es eine kasernierte Bereitschaftspolizei, die 1952 in die kasernierte Volkspolizei der DDR umgewandelt wurde. Nachdem die Bundesrepublik 1955 NATO-Mitglied wurde und eine Bundeswehr aufbaute, trat die DDR dem Warschauer Pakt bei und gründete 1956 die Nationale Volksarmee (NVA). Im gleichen Jahr führte die Bundesrepublik die allgemeine Wehrpflicht ein. Die DDR verzichtete zunächst auf diesen Schritt, wohl in der Sorge, dass noch mehr junge Männer die DDR verlassen würden. Sofort nach dem Mauerbau setzte dann aber eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft ein. Sie gipfelte am 24. Januar 1962 in dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht. Im Fahneid hatten die Wehrpflichtigen zu schwören, jederzeit bereit zu sein, den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen.

An eine Regelung für Wehrdienstverweigerer war im Gesetz nicht gedacht. Im Gegenteil, schon am gleichen Tag verkündete die Berliner Zeitung:

„Wir unterstützen alle Jugendlichen in Westdeutschland, die den Dienst mit der Waffe verweigern, denn sie schwächen die imperialistische NATO-Armee. In der DDR kann und wird es keine Wehrdienstverweigerung geben, da wir den Frieden und den Sozialismus schützen.“³

¹ Zivilcourage und Kompromiss. Bausoldaten in der DDR 1964–1990, Berlin 2006, 45.

² Eine umfassende Darstellung bietet das Standardwerk zum Thema: B. Eisenfeld/P. Schickentanz, Bausoldaten in der DDR. Die „Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte“ in der NVA, Berlin 2011, dem dieses Kapitel zugrunde liegt.

³ Berliner Zeitung vom 24. 1. 1962.

Gegen die Wehrpflicht gab es keine Proteste, auch seitens der Kirchen nicht. Am 12. März fand ein Gespräch staatlicher Vertreter mit den evangelischen Bischöfen Krummacher und Mitzenheim statt, in dem diese u. a. auch Vorbehalte gegenüber dem Fahneneid äußerten sowie eine Regelung für Verweigerer ansprachen.

Die ersten Musterungen wurden im März durchgeführt – 231 Männer verweigerten den Wehrdienst. Die NVA reagierte und erteilte zunächst nur 42 von ihnen den Einberufungsbefehl, 22 wurden darauf inhaftiert. Bei den folgenden Musterungen im Herbst und Frühjahr stieg die Zahl auf 287 und danach 439. Etwa 90 % von ihnen gaben religiöse Gründe für ihre Entscheidung an, nur einzelne auch politische. Auch wenn die Verweigerer durchschnittlich nur ca. 0,2 % der jeweiligen Jahrgänge ausmachten, war die Armeeführung alarmiert. Im Verteidigungsministerium unterbreitete ein Oberst Huth 1963 schließlich den Vorschlag, die Waffendienst-Verweigerer bei Bauvorhaben der NVA einzusetzen. Nach vielfältigen Diskussionen im Ministerium erließ der Nationale Verteidigungsrat am 7. September 1964 die Anordnung über die Aufstellung von Baueinheiten.⁴ Sie nahm die Forderungen der Verweigerer auf: keine Waffen und statt eines Eides ein abgeschwächtes Gelöbnis.

Wie konnte es zu dieser Kehrtwende der DDR-Führung kommen?

Sicherlich spielten vordergründig militär-ökonomische Gründe eine Rolle – umfangreiche Bauvorhaben waren dringend zu realisieren. Sicher beabsichtigte die SED auch eine politische Wirkung nach innen und außen.

Zuerst aber waren es die 1550 jungen Männer, die in diesen zwei Jahren unter schwierigsten Bedingungen ihre Wehrdienstverweigerung begründeten und durchhielten, im Wissen um Diskriminierungen in Ausbildung und trotz Androhung von Haftstrafen. Die heutige Forschung ist sich einig: „Ohne diese jungen DDR-Bürger, die den aufrechten Gang versucht haben, wäre es nicht zu der Bausoldatenanordnung gekommen.“⁵

Zwar behauptete die CDU-Führung noch 1989 öffentlich, sie habe die Bausoldatenregelung initiiert. In den Quellen finden sich dafür keine Belege – im Gegenteil, die DDR-CDU unterstützte stets 100 %ig die SED-Militärpolitik.

Auch die Behauptung, die Kirchen, vornehmlich Bischof Mitzenheim, hätten die Regelung mit Ulbricht ausgehandelt, lässt sich nicht belegen. Nach dem Gespräch im März 1962 hatte es seitens der Kirchen keine weiteren Vorstöße gegeben. Entscheidend waren nicht die Kirchenleitungen, sondern die zahlreichen jungen Christen, ein sehr großer Teil waren übrigens Zeugen Jehovas, und andere, die sich nicht einschüchtern ließen.

⁴ Gesetzblatt der DDR 1964, Teil I Nr. 11 vom 16. 9. 1964.

⁵ P. Schicketanz in: Zivilcourage ..., 31.

1.2. Dienst und Entwicklungen in den Baueinheiten

Die vielschichtige und ambivalente Geschichte der Bausoldaten lässt sich kaum in wenigen Sätzen zusammenfassen. Die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen und die äußerst vielfältigen Erfahrungen bieten ein sehr buntes und vielfältiges Bild der 25 Jahre Bausoldaten.⁶

Grob lassen sich drei Phasen unterscheiden:⁷

Die erste von 1964 bis etwa 1973 war die Phase geschlossener Baubataillone an vier Standorten. Der Vorteil war, gerade in der Anfangszeit, in großen Gruppen gemeinsam den neuen Herausforderungen zu begegnen, wie z. B. bei der Ablehnung des Gelöbnisses, Befehlsverweigerungen bei unzumutbaren Arbeitsaufträgen. Zu den schärfsten Kontroversen gehörten die Auseinandersetzungen über den Bau militärischer Anlagen. „Wer die Panzerhalle baut, wird genauso schuldig wie der, der den Panzer fährt.“

Die zweite Phase, etwa von 1975 bis Anfang der 80er Jahre, begann mit einer Veränderung der bisherigen Dienstanweisung. Die Grundausbildungszeit wurde von sechs Wochen auf zehn Tage verkürzt, die großen Bataillone wurden aufgelöst und kleine Gruppen von ca. zehn Mann dem rückwärtigen Dienst zugeteilt: z. B. Reinigungs- und Hausmeisterdienste in NVA-Heimen, Militärkrankenhäusern, geregelte Dienstzeiten, größere Freiheiten außerhalb enger Kasernen – eine offensichtliche Normalisierung, aber auch stärkere Vereinzelung und damit weniger Konfliktpotential. Wurden Bausoldaten jetzt attraktiv?⁸ Anfang der 80er Jahre explodierte die Zahl der Verweigerer auf das Vierfache der Vorjahre – sicher auch eine Folge der weltweiten militärischen Zuspitzung.

Die dritte Phase vom Beginn der 80er Jahre bis zur Auflösung im Dezember 1989 war geprägt zum einen gesellschaftlich von einer erstarkenden Oppositionsbewegung im Land und zum anderen von wachsenden wirtschaftlichen Problemen. Bausoldaten und reguläre NVA-Kräfte kamen nun verstärkt in der Großindustrie, vorrangig in chemischen Großbetrieben, im Tagebau und schwerpunktmäßig beim Hafenbau in Mukran/Rügen zum Einsatz, z. T. unter verheerenden Arbeitsbedingungen. Eine neue Generation jüngerer Bausoldaten,⁹ inzwischen viele auch aus nichtkirchlichen Gruppen, teilweise Ausreiseantragsteller, begehrte dagegen auf und begann so, sich in Opposition einzüben.

Das Potential nicht eingezogener Verweigerer stieg Ende der 80er Jahre beachtlich an. Die NVA begann mit Planungen für eine weitere Verdop-

⁶ Nicht umsonst ist das Standardwerk *B. Eisenfeld/P. Schicketanz*, Bausoldaten in der DDR, so umfangreich.

⁷ Nach *U. Koch*, Bausoldaten im Wandel ihrer Geschichte, in: *Zivilcourage ...*, 34 ff.

⁸ Das MfS kritisierte die deutlich besseren Dienstbedingungen der Bausoldaten gegenüber anderen Wehrpflichten! Vgl. *T. Widera*, Die DDR-Bausoldaten. Politischer Protest gegen die SED-Diktatur, Erfurt 2014, 75.

⁹ Seit Mitte der 80er wurden deutlich jüngere Jahrgänge eingezogen – zuvor galt gewöhnlich, dass Bausoldaten erst nach dem 24. Lebensjahr einberufen wurden, möglichst bereits familiär gebunden und somit weniger widerstandsbereit ...

pelung der Einsatzorte, diese wurden aber von den Herbstereignissen 1989 überrannt. Anfang November plante die Volkskammer die Einrichtung eines zivilen Ersatzdienstes, im Dezember lösten sich viele Baueinheiten einfach auf – empfohlen wurde, sich in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu melden. Am 20. Februar 1990 verabschiedete das Parlament schließlich eine Verordnung über den Zivildienst in der DDR.

1.3. Motive und Zahlen der Bausoldaten

Bausoldat zu werden war nicht schwer. Die Anordnung – übrigens das einzige Militärgesetz, das bis zum Schluss unverändert geblieben ist – schrieb vor, dass zum Dienst in den Baueinheiten „solche Wehrpflichtigen herangezogen (werden), die aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe verweigern“.¹⁰ Eine vergleichsweise äußerst liberale Regelung, ein Anerkennungsverfahren wie in der Bundesrepublik gab es nicht, es reichte zumeist ein schlichtes Schreiben: „Aufgrund des 5. Gebotes der Bibel melde ich mich zu den Baueinheiten...“ Weniger reibungslos verliefen die Musterungsgespräche allerdings bei ausführlicheren und politischen Begründungen.

Was waren die wesentlichen Motive für die Bausoldaten-Entscheidung?¹¹

In einer Erhebung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu den Gemusterten der ersten Phase ergeben sich ca. 83 % religiöse und pazifistische Gründe, 8 % Jehovas Zeugen, 8 % Ausreisewillige.

Eine Umfrage unter Bausoldaten aus dieser Zeit differenziert genauer und nennt:

71 % prinzipiell religiöse Motive, 17 % christlich-humanistische Motive, 9 % humanistische bzw. oppositionelle Motive.

Zu beobachten ist, dass sich gerade in dieser ersten Phase der Auseinandersetzungen die Motivationen wandelten von einer abwehrenden, rein innerlichen Haltung hin zu deutlichen Positionierungen im Friedenszeugnis.

In der zweiten Phase – den 70er Jahren – gab es unter eher liberaleren Bedingungen und weniger Konfrontationen kaum Bewegungen in der Motivation. Viele wollten einfach nur überwintern, der friedensethische Impuls schien verdrängt zu werden.

Erst die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und zugleich wachsende politische Opposition veränderte in der dritten Phase die Motivationslage. Untersuchungen des MfS zeigen: Religiöse Gründe werden 1979 nur ca. 50 % zugeschrieben, 1983 nur noch 46 %. Die Zahl der nicht religiös geprägten und eher politisch motivierten Verweigerer nahm deutlich zu.

Zu den realen Zahlen:¹²

¹⁰ Gesetzblatt ... § 4.

¹¹ Eisenfeld/Schickeltanz, Bausoldaten ..., 209 ff.

¹² Ebd., 343 ff.

Bei den Musterungen im September 1964 meldeten sich 956 Verweigerer. Von ihnen wurden erstmals 220 einberufen. Weitere 180 kamen dem Befehl nicht nach und galten als Totalverweigerer, zumeist Zeugen Jehovas.

Die Zahl der gemusterten Bausoldaten pendelte sich später bei durchschnittlich 450 pro Jahr ein und schnellte erst Ende der 1970er Jahre auf dann bis zu 1700 hoch.¹³

Die Gesamtzahl aller gemusterten und nachträglich gemeldeten Bausoldaten beläuft sich auf rund 25.800, die aller Einberufenen auf ca. 14–15.000.¹⁴

Im Durchschnitt haben sich damit anfangs nicht mehr als 0,5 % aller Gemusterten des Jahrgangs, in den 80er Jahren etwa 1 %, für die Bausoldaten entschieden.

Im Blick auf ihre große Bedeutung für die Friedensbewegung in der DDR ist das eine verschwindend geringe Zahl.

2. Bausoldaten und Friedensbewegung

Bertolt Brecht schildert eine Szene aus dem Dritten Reich, in der ein sterbender Fischer mit dem Pfarrer über Gott und den Krieg spricht. Sein Sohn, bei der SS, steht daneben. Gilt es, fragt der Alte drängend, das biblische Wort von den Friedensstiftern? Der Pfarrer, nach langer Pause, gequält: „In der Schrift steht auch: Gebt Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist.“¹⁵

Eine Friedensbewegung waren die Kirchen in den großen Kriegen nicht, und selbst in der Nachkriegszeit fanden sich viele Befürworter einer Wiederbewaffnung in den Kirchen.

Dagegen verband die junge DDR in den 1950er Jahren ihre Identität mit einem strikten Antimilitarismus. Das Bekenntnis zum Frieden wurde als Loyalitätsbekenntnis verstanden und erwartet. Die DDR sah sich stets selbst als Friedensbewegung angesichts der Bedrohung durch das westliche Militärbündnis. Freilich, im sich verschärfenden Kalten Krieg nahm die Militarisierung innerhalb der eigenen Gesellschaft stetig zu. Die eigenen Waffen waren ausschließlich Friedenswaffen. Diese Überzeugung teilten nicht wenige, selbstverständlich die CDU, die CFK und auch eine Reihe vor allem altgedienter Kirchenvertreter.

Die kleine Minderheit der Bausoldaten gehörte zu denen, die diese Logik begannen in Frage zu stellen. Und sie hatten dafür – welche Ironie – mitten in der Volksarmee eine legale Plattform!

Mit der Einrichtung der Baueinheiten hatte die DDR sozusagen selbst den Boden bereitet für das Wachstum und Gedeihen einer neuen Friedensbewegung. Der ständige militärische Druck und die nicht ausbleibenden

¹³ Die Zahl der Totalverweigerer lag durchschnittlich bei 150 bis 200 pro Jahrgang.

¹⁴ Die von U. Koch in der Enquetekommission des Bundestages angegebenen sehr viel höheren Zahlen 85.000 und 55.000 sind nicht nachweisbar.

¹⁵ B. Brecht, *Furcht und Elend des Dritten Reiches*. 24 Szenen, Leipzig 1964, 92 f.

Konfrontationen fungierten wie ein Nährboden für das Zusammenrücken der Bausoldaten, die intensive Beschäftigung mit friedensethischen Fragen und den Mut zu widerständigem Argumentieren und Handeln. Joachim Garstecki schreibt, die Baueinheiten wurden für viele „zu einer exemplarischen Erfahrung mit dem Versuch, Frieden zu schaffen mitten im organisierten Unfrieden, ein richtiges Leben zu führen mitten im falschen.“¹⁶

Selbst die relativ große Schar pietistisch geprägter Frommer, die bei den Bausoldaten Stärkung ihres Glaubens suchten und sich zu heimlichen Andachten trafen, entdeckten, dass die politischen Fragen mit ihrem Glauben zu tun hatten und öffneten sich für friedensethische Themen.

Gerade die **ersten Durchgänge** (1960er Jahre) entfalteten ein erstaunlich kreatives Potential. Zahlreiche Texte, Anregungen und Initiativen gehen auf sie zurück. Sie suchten die Verbindung zu den DDR-Kirchenleitungen, die 1965, zunächst zurückhaltend, einen Arbeitskreis Wehrdienstfragen bildeten. Es grenzt an ein Wunder, dass dieser Kreis die Erfahrungen der Basis aufnahm, analysierte und mutige Thesen für eine neue Positionsbestimmung der ostdeutschen Landeskirchen entwarf.¹⁷ Im November 1965 legte er der Konferenz der Kirchenleitungen den Entwurf für ein Grundsatzpapier vor: „Zum Friedensdienst der Kirche – Handreichung für die Seelsorge an Wehrpflichtigen“, das die Konferenz ergänzte und an die Gemeinden weiterleitete. Kernaussage: das deutlichere Friedenszeugnis der Verweigerer und Bausoldaten. Das Evangelium verlange es, nicht nur nach einem Ersatzdienst zu suchen, sondern einen aktiven christlichen Friedensdienst zu gestalten.¹⁸

Die Ev. Kirchen fanden sich in einer neuen bisher nie gekannten Rolle – an der Spitze einer neuen Friedensbewegung.¹⁹

Die Bausoldaten hatten weiterhin ein Friedensinstitut der Kirchen ange-regt. Der Bund Ev. Kirchen nahm dies auf und gründete 1969 ein Studienreferat „Friedensfragen“. Unter der Leitung von Joachim Garstecki entstanden hier zahlreiche Arbeitsmaterialien für die Friedenserziehung in den Gemeinden, die gerade in den 1980er Jahren wegweisende Perspektiven aufzeigten. Erste Friedenskreise wurden gebildet.

Die Bausoldaten Hansjörg Weigel und Rudolf Albrecht begannen in den 1970er Jahren mit den legendären Friedensseminaren in Königswalde und Meißen, die bald weit über den kirchlichen Rahmen hinaus Maßstäbe für kritisches gesellschaftliches Engagement setzten und wesentliche Impulse für die Friedensbewegung in der DDR gaben.

Der Schriftsteller Erich Loest schrieb 1990:

¹⁶ Zivilcourage ..., 15.

¹⁷ T. Widera glaubt, diese bildete ein wichtiges Segment der politischen Eigenständigkeit der ev. Landeskirchen in der DDR; *Widera*, DDR-Bausoldaten, 40.

¹⁸ Verfasser waren H. Falcke, P. Schicketanz, H.-J. Tschiche und M. Stolpe; auch der Bausoldat Christfried Berger gehörte in diesen Kreis.

¹⁹ Auch wenn der Text in den Gemeinden bis Ende der 1970er Jahre offensichtlich nur wenig Resonanz fand.

„Im Herbst 1989, als der Honecker-Staat in die Luft flog, fragten mich manche, wie das alles so plötzlich gekommen sei. Ich antwortete, diese Eruption hätte eine lange Vorgeschichte, und erinnerte mich an Königswalde.“²⁰

In der **zweiten Phase** der 1970er Jahre gab es durch die Dezentralisierung der Bausoldaten sehr viel weniger gemeinsame Impulse. Viele wollten einfach nur durchkommen. Widerstand entzündete sich zwar hin und wieder beim Gelöbnis und bei Einsatz an militärischen Objekten. Aber diese Zeit als Lern- und Übungsfeld für sinnvolles Friedenshandeln zu verstehen, aus dem Nein der Verweigerung zu einem positiven Ja zum Friedensdienst zu kommen, dazu brauchte es Anstöße, die in diesen kleinsten Gruppen nicht immer vorhanden waren. Eine wichtige Rolle kam deshalb in diesen Jahren den Gemeinden und ihren Beratungs- und Begleitungsangeboten zu. Einer der intensiv Verweigerer beriet, war Christoph Wonneberger in Dresden. 1980 gründete er aus diesen Erfahrungen heraus die Initiative Sozialer Friedensdienst, die landesweit Zeichen gegen den Wehrdienst setzte.

Die legendären Berliner Bluesmessen, die Tausende Jugendliche aus der subkulturellen Szene anzogen, lagen in den Händen der ehemaligen und künftigen Bausoldaten Reiner Eppelmann und Ralf Hirsch.

Die **dritte Phase** Bausoldaten in den 1980er Jahren war geprägt durch das Erstarken einer internationalen Friedensbewegung gegen die Atomrüstung, die auch in der DDR ihren Niederschlag fand.

Der Friedensaktivist und ehemalige Bausoldat Harald Bretschneider initiierte 1980 die erste Friedensdekade, die von den Kirchen aufgenommen wurde und bis heute zum ökumenischen Kirchenjahr gehört. Das dafür entworfene Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ avancierte schnell zum Symbol der DDR-Friedensbewegung.

Bausoldaten hielten die Wehrdienstfrage in den Kirchen wach – und so nehmen die großen Grundsatzdokumente des DDR-Kirchenbundes „Bekennen in der Friedensfrage“ (1987) und die Friedenstexte der Ökumenischen Versammlung (1988/89) die Bedeutung des zeichenhaften Handelns der Verweigerer in ihre friedenspolitischen Positionen auf.

Bausoldaten gründeten 1986 die Initiative für Frieden und Menschenrechte sowie zahlreiche weitere Gruppen im Land, waren 1989 Mitbegründer des Neuen Forums, der SDP, der Gruppe der 20 in Dresden, saßen am Runden Tisch in Berlin und in den Regionen.

Die junge Bausoldatengeneration in diesen Jahren – jetzt vorrangig in Industrie und auf Großbaustellen – stellte mehr und mehr die Systemfrage, viele Ausreisewillige hatten längst aufgegeben, sich für Veränderungen zu engagieren. Der problematische Kompromiss Bausoldaten, dem beide Seiten stets nur zähneknirschend zugestimmt hatten, wurde neu hinterfragt:

Die Entscheidung für die Bausoldaten beinhaltete ja stets eine grundsätzliche Loyalität zum Staat und Militär, die Bereitschaft, das eigene Friedenszeugnis in den vorgegebenen Strukturen zu leben. Auch wenn diese dazu

²⁰ Zit. bei Eisenfeld/Schicketanz, Bausoldaten, 416.

führte, eben jene Strukturen zu hinterfragen und Veränderungen in der Gesellschaft zu fordern, diente sie letztlich doch der Stabilisierung des Systems.

Genau dies hatten die Ausreiseantragsteller durchschaut. Und sie trugen neben den gewaltkritischen Friedensgruppen der Kirchen und den systemkritischen Kreisen der Bürgerrechtler Ende der 80er Jahre zu den Ereignissen bei, die schließlich in die Friedliche Revolution mündeten.

3. Bausoldaten, die Friedensbewegung und der BEFG in der DDR

3.1. Persönliches

Es ist stets schwierig, über einen kongregationalistischen Gemeindebund wie den BEFG Aussagen zu seiner Ethik zu treffen. Unsere Ethik-Professoren sind die Gemeindeleiter und Pastoren vor Ort in den Bibelstunden. Und selbst dort lebt letztlich jeder Einzelne seine private Überzeugung. Also spreche ich zuerst von mir persönlich.

Die Bausoldaten haben mein Leben wohl am nachhaltigsten verändert. Ohne dass ich selbst bei ihnen war. Ich bin in einer sehr bibeltreuen Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde aufgewachsen. Wehrdienstfragen waren kein Thema. Nach dem Abitur Anfang der 1970er Jahre erhielt ich meine Zulassung zum Studium nur durch die schriftliche Verpflichtung zum *aktiven* Wehrdienst.

Ich konnte nach dem Abitur ein Jahr auf der Bibelschule der Brüdergemeinden verbringen. Dort begegnete ich Bausoldaten. Eine intensive Auseinandersetzung mit dieser Thematik begann. Beim Vorbereiten für heute habe ich alte pro-contra-Listen gefunden sowie Gesprächsaufzeichnungen, u. a. auch mit einem theologisch sehr konservativen Lehrer. Er begründete klar und biblisch und politisch eine Entscheidung für die Bausoldaten.

Erst vor einem halben Jahr fiel mir eine dicke Stasiakte über ihn in die Hand. Er hatte sich als Bausoldat mit anderen vehement und kritisch für einen zivilen Friedensdienst eingesetzt und politische Provokationen nicht gescheut. Ich entschied mich also für den waffenlosen Dienst und zog meine Verpflichtung zurück.

Die Zulassung zum Mathematikstudium wurde annulliert, es folgten fünf Jahre verschiedene Hilfsarbeitertätigkeiten und Ausbildungen, schließlich das Theologiestudium.

Es war verrückt: Bis zum 27. Geburtstag wurde ich regelmäßig zu jeder Einberufungsüberprüfung bestellt, musste meine Begründung für die Bausoldaten immer wieder neu formulieren, mich immer wieder mit der Friedensfrage auseinandersetzen, wurde aber nie eingezogen.

In meiner ersten Gemeinde Bitterfeld gehörte schon bald die Betreuung einiger in der Chemieindustrie tätigen Bausoldaten zum Dienst. Und nirgends habe ich intensiver Friedensethik studiert als in unserem ökumenischen Friedenskreis, der – praktisch – neben der Beratung Wehrpflichtiger

u. a. m. dann auch in der Wendezeit in Bitterfeld politische Verantwortung übernahm ...

3.2. Statistisches

In einer Umfrage zur Geschichte des BEFG in der DDR haben 294 Männer Angaben über ihren Wehrdienst gemacht:²¹

50 % von ihnen hatten sich für die Baueinheiten entschieden, 44 % für den aktiven Wehrdienst.

Immerhin 10 von ihnen (3 %) hatten den dreijährigen Grundwehrdienst geleistet, 5 eine Offiziers- bzw. 10-jährige Laufbahn (2 %) absolviert und 3 total verweigert (1 %).

Die realen Bausoldatenzahlen aus EFG sind natürlich erheblich höher. Durch zufällige Kontakte und Nachfragen habe ich inzwischen 200 Namen gesammelt.

Zur Motivation für die Bausoldaten-Entscheidung waren mehrere Vorgaben möglich anzukreuzen:

- 92 % eher aus biblisch-christlichen Gründen
(z. B. 5. Gebot: Du sollst nicht töten)
- 58 % wegen des Fahneidees
- 25 % „um ein Zeichen zu setzen“
- 22 % eher aus politischen Gründen
(Rüstungswettlauf, Friedensbewegung ...)
- 12 % um eher mit anderen Christen diese Zeit zu verbringen
- 12 % weil es in unserer Gemeinde so üblich war.

Sonstige genannte Gründe waren z. B.

- Grundhaltung antikommunistisch bzw. anti-DDR
- bei Baueinheiten kein „unbedingter Gehorsam“
- Gottes Führung.

Gefragt war auch, ob und wie in der eigenen Gemeinde über Wehrdienstfragen gesprochen wurde. 399 von 900 machten dazu Angaben:

- 11 % öffentlich (z. B. Predigt)
- 43 % in Hauskreisen, Jugendstunden
- 46 % nur im persönlichen Gespräch.

Schließlich wurde gefragt, wie durch die Gemeinde orientiert wurde. Nur 175 machten dazu Angaben: Es wurde eher ermutigt

- 93 % zum Dienst in Baueinheiten

²¹ Forschungsprojekt des Vereins „Evangelisch-Freikirchliche Zeitgeschichte e. V.“ in Wustermarke-Elstal; s. R. Assmann, Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR. Ein Leitfaden zu Strukturen – Quellen – Forschung, Kassel 2004, 139; vgl. S. Werner, Das politische Verhalten der Mitglieder Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR. Auswertung einer Umfrage, in: ThGespr 2007 Beiheft 9.

- 3 % zum aktiven Wehrdienst
- 4 % weder noch bzw. Freiheit.

Diese Frage wurde offensichtlich hauptsächlich durch Orientierung-Suchende angekreuzt. Von den weitaus meisten Gemeindegliedern wurde diese Frage nicht beantwortet.

3.3. Entwicklungen²²

Als Grundlinie in der Beurteilung von Wehrdienstfragen galt im BEFG in der DDR: Die Bibel gibt zu diesen Anliegen keine eindeutige Antwort, also besteht für den Einzelnen Gewissensfreiheit. Damit lag aber auch das Entscheidungsproblem über die Beteiligung am Wehrdienst bei dem Einzelnen. Für die Bundesleitung (BL) galt die Regel, zu jeder Gewissensentscheidung zu stehen und bei Bedarf Hilfe zu leisten, nicht aber ethische Richtlinien zu vermitteln. Trotzdem gab es einzelne Versuche im BEFG, theologisch-ethische Richtlinien zum Wehrdienst zu entwickeln. Diese fanden aber bis auf eine Ausnahme keine Verbreitung als offizielle Orientierungshilfen des Bundes. Folgende Entwicklungen lassen sich nachzeichnen:²³

Das BL-Protokoll vom Februar 1962 vermerkt lapidar: „*Das neue Wehrpflichtgesetz fordert von uns zusätzliche Überlegungen.*“²⁴ Das wichtige Anliegen der BL in dieser Frage war sodann die Bemühung um die Freistellung wehrpflichtiger Seminaristen des Predigerseminars für die Zeit des Studiums.²⁵

Ein damaliger Student und späterer Prediger des Bundes berichtet, dass er als Student bereits vor seiner Musterung zum Wehrdienst ein Freistellungsgesuch des Bundes erbeten hatte. Die Antwort des damaligen Seminarleiters: „*Warum denn? Lass doch erst mal die Zeit herankommen. Und wenn: Wir waren ja auch Soldat, und uns hat es nicht geschadet.*“²⁶

Dennoch gab es am Theologischen Seminar Diskussionen zur Wehrdienst-Thematik. Es existiert ein vielfach abgeschriebenes und verbreitetes Papier: „Neutestamentliches Material zur Soldatenfrage. Buckow, März 1962“, dessen (nicht genannter) Autor Adolf Pohl sich gut an Auseinandersetzungen darüber mit Studenten erinnern kann.²⁷ In diesem Text wird deutlich, dass zur Thematik unterschiedliche Überzeugungen existieren

²² Ausführlicher s. Referat in der AG I des Vereins für Freikirchenforschung am 13. 3. 2003 in Dietzhölztal: R. Assmann, Die Entwicklung der Fragen von Wehr- und Wehrersatzdienst im BEFG in der DDR, in: Freikirchenforschung (2003), Münster 2003, 206–217.

²³ Vgl. die Darstellung von U. Dammann, Wehrdienst, Bausoldaten, Wehrkunde, in: U. Martene/G. Balders (Hg.), *Erlebt in der DDR. Berichte aus dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden*, Wuppertal/Kassel 1995, 254 ff.

²⁴ BL-Protokoll vom 9. 2. 1962, in: Oncken-Archiv Elstal, Bestand A BEFG-DDR, BL-Protokolle des BEFG-Ost/-DDR, Band I.

²⁵ BL-Protokoll vom 26./27. 9. 1962, ebd.

²⁶ Mündlich berichtet.

²⁷ In: *Mappe Wehrpflicht*, ebd. 2.1/SK 125.

und die Bibel keine direkte Antwort auf eine allgemeine Erfassung zum Wehrdienst gibt. Die Materialzusammenstellung aus dem Neuen Testament diene also vor allem für die persönliche Gewissensbildung.

Eine Untersuchung zum BEFG durch das Ministerium des Innern (MdI) geht auf diesen Text ein und analysiert ihn ausführlich.²⁸ Und kritisiert Pohls öffentliche Ablehnung des Wehrdienstes und seine Forderung nach Wehrdienstverweigerung.²⁹ Zudem müht man sich nachzuweisen, dass der Gedanke der Wehrdienstverweigerung von westlicher Seite in den BEFG-Ost hineingetragen worden sei.³⁰

1964 begrüßte die BL mit Dankbarkeit die Einrichtung der NVA-Baueinheiten,³¹ überließ aber die Entscheidung dem Einzelnen und seinem Gewissen. Sie berief im November 1964 Prediger Peter Müller in Prenzlau für die Beratung der Bausoldaten im BEFG.³² Dankbar wies auch Jugendprediger Klaus Fuhrmann im Mitarbeiterrundbrief vom Dezember 1964 auf die Möglichkeit des Dienstes in den Baueinheiten hin, gab Bestellmöglichkeiten des Gesetzblattes an und nannte die Anschrift von Müller für weitere Fragen. Müller geriet wegen seines Engagements sehr bald ins Visier der Stasi – er galt als einer der sieben aktivsten Kritiker des Wehrgesetzes.³³

In einer Arbeitsgruppe der Theologischen Woche des Bundes vom April 1964 wurde u. a. über den Wehrdienst diskutiert, und wenigstens die Stasi schrieb Protokoll.³⁴ Die Stimmen für eine Verweigerung des Wehrdienstes überwogen (*„Baptisten stehen auf dem Boden der Wehrdienstverweigerung“*), aber die Entscheidung blieb weiterhin dem Einzelnen überlassen.

Auch über die Predigertagung der Sächsischen Vereinigung im März 1965 wurde der Stasi berichtet.³⁵ Erstmals habe es eine Diskussion über die Bausoldaten gegeben; die BL verhalte sich reserviert, die Jüngeren dagegen träten dafür ein, die jungen Brüder über den Wehrrersatzdienst aufzuklären. Zitiert wird die Stimme eines Älteren: *„Brüder, ich verstehe nicht, dass ihr heute so gegen Wehrdienst seid, früher habt ihr gar nichts gesagt und einfach mitgemacht.“* Der Bundesvorsitzender Herbert Weist wies darauf hin, dass die Frage des Wehrrersatzdienstes (und der Jugendweihe) nicht in Jugendzusammenkünften behandelt werden solle, sondern nur im individuellen Gespräch, da es um die Gewissensentscheidung des Einzelnen gehe.

²⁸ Analyse zum „Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland“ in der DDR (ca. Juni 1966), in: BArch Berlin, DO-1/10.0/171/3, S. 025–050; veröffentlicht in U. Materne/G. Balders, *Erlebt in der DDR*, 61 ff.

²⁹ Ebd., 37 f.

³⁰ Ebd., 39.

³¹ BL-Protokoll vom 4. 11. 1964, in: Oncken-Archiv Elstal.

³² Ebd.

³³ MfS HA XX/4 Nr. 2777, S. 89, 92, in: Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BSTU).

³⁴ Bericht von GM „Max“ über die Theologische Woche vom 20.–24. 4. 1964 in Berlin, Kadinert Straße, in: ebd., MfS ASt. Chemnitz 609/68, Bd. V, 88, 91.

³⁵ Bericht von GM „Max“ über die Predigertagung der Sächsischen Vereinigung vom 15.–18. 3. 1965 in Kottengrün/Vogtl., ebd. Bd. VI, 73 f.

1966 beendete der erste Bausoldaten-Durchgang seinen Dienst. Die Prenzlauer Bausoldaten hatten sich vorgenommen, die Fragen des Wehrdienstes in ihre Kirchen zu tragen. So gaben wohl Wolfgang Stadthaus aus der Brüdergemeinde in Berlin und Peter Müller aus Prenzlau den Anstoß zu dem BL-Beschluss im Februar 1966, einen Arbeitskreis „Wehr- und Friedensfragen“ zu berufen – unter Leitung des Jugendpredigers Manfred Sult.³⁶ Im Bericht des Bundesvorsitzenden Weist an den Bundesrat 1966 hieß es dazu:

[Der AK] „soll sich mit Fragen um Wehrdienst und Wehrrersatzdienst beschäftigen, die für manchen unserer jungen Brüder zu einem ernststen Anliegen und manchmal auch zu einer Gewissensnot geworden sind [...]“³⁷

Weist hielt es für ratsam, noch einen Kriegsteilnehmer hinzuzuziehen (Herbert Kautz vorgeschlagen) – dies gelang nicht. Der Arbeitskreis bestand ein Jahr und leistete sehr konzentriert eine erstaunlich umfangreiche Arbeit: Gespräche mit Wehrpflichtigen, Erfahrungsaustausch, Literatur- und Materialerfassung, zahlreiche biblisch-theologische Erarbeitungen, Begriffsstudien (z. B. zu Eid, Gewissen, Gewaltlosigkeit, Frieden, Gehorsam, Pazifismus) und kirchengeschichtliche Arbeiten.³⁸ 1967 wurden der BL vorgelegt

- a) „Theologische Grundsätze zur Wehr- und Friedensfrage“
- b) „Praktische Hilfen zur Wehrdienstfrage“ (Anleitung für Gewissensbildung, Umgang mit Wehrpflichtigen).

Festzustellen ist, dass a) häufig abgeschrieben, hektografiert und wohl unter den Predigern verbreitet wurde, b) dagegen sich nur in der Akte des Arbeitskreises findet. Der Text war offensichtlich viel zu brisant, um weitergegeben zu werden.

Einige inhaltliche Stichworte aus den Texten:

(a) Theologische Grundsätze zur Wehr- und Friedensfrage

1. Das Alte Testament kann nicht für Begründungen zum Wehrdienst herangezogen werden, höchstens einige prophetische Mahnungen vor zu viel Vertrauen ins Militär.
2. Das Neue Testament nennt zwar christliche Soldaten und benutzt militärische Ausdrücke – diese sind aber keine ausreichenden Begründungen. Röm 13, 4 steht für die richterliche Gewalt, nicht für den Krieg. Röm 13 darf nicht als göttliche Legitimierung für alle staatlichen Maßnahmen oder als Aufforderung zum absoluten Gehorsam missverstanden

³⁶ BL-Protokoll vom 25. 2. 1966, Oncken-Archiv Elstal.

³⁷ H. Weist, Bericht für die Bundesratstagung 1966 der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in der DDR, 6 (hektographiert), ebd.

³⁸ Sämtliche Erarbeitungen in: Mappe Wehrpflicht, ebd. 2.1/SK 125.

werden. „*Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist ...*“ (Mt 22,17–21) spricht z. B. von der Steuer- und anderen Pflichten (auch Wehrpflicht?), es gilt aber auch: „*Gebt Gott, was Gottes ist*“ – das ist nicht vom Staat vorzuschreiben! Röm 13 darf nicht gegen Apg 5, 29 („*Gott mehr gehorchen ...*“) ausgespielt werden!

3. Zu den theologischen Begründungen des Wehrdienstes:

- Zu allen Zeiten wurde mit Röm 13 argumentiert. Dies kann aber nicht mehr für den modernen Krieg gelten, hier hat die Theologie ein deutliches Nein zu sprechen.
- Ist Abschreckung durch Rüstung mit dem Evangelium zu vereinbaren?
- Die Unterscheidung gerechter - ungerechter Krieg bleibt nur Theorie, da die Propaganda einen Krieg immer als gerecht darstellen wird.
- Soldatenzeit ist Schule der Nation? Nein, wenn die Ausbildung auf einen kriegerischen Einsatz zielt!
- Die Zwei-Reiche-Lehre Luthers bleibt für den Obrigkeitsstaat fragwürdig.

4. Zu den theologischen Begründungen der Wehrdienstverweigerung:

- Die gebotene Nächsten- und Feindesliebe macht einen Tötungseinsatz unmöglich.
- Die Gemeinde Jesu ist länderübergreifend; die Zugehörigkeit zu ihr steht höher als zur Nation.
- Christen sind Menschen des Friedens (Gal 5, 22; Röm 12, 18).
- Christen sind beauftragt, Versöhnung zu predigen (2 Kor 5, 20) – das geht nicht mit der Waffe in der Hand.
- Im Auftrag, der Stadt Bestes zu suchen (Jer 29, 7), werden Christen „das Beste“ nicht von staatlichen Proklamationen, sondern vom Herrn ableiten.
- Nachfolge Christi gilt auch im politischen Bereich.

(b) *Praktische Hilfen zur Wehrdienstfrage*

Der Text vertritt eine klare Option für das deutlichere und bewusste Friedenszeugnis in den Baueinheiten oder durch Verweigerung. Er enthält zahlreiche Fragen zur Gewissensschärfung, die eher auf Verweigerung zielen. Gleichzeitig gibt er konkrete Hinweise für die seelsorgerliche und praktische Begleitung der betroffenen Brüder. Es wird die Bildung einer freikirchlichen Vermittlungsstelle für Gemeindeadressen und zur Vorbereitung auf den Dienst angeregt. Schließlich wird auf die Bedeutung der Friedenserziehung im Vorfeld hingewiesen, die zur Gewissensbildung beitragen wird: z. B. Ablehnen von Kriegsspielzeug; Entscheiden gegen vormilitärische Ausbildung; Bewusstmachen, dass materielle Nachteile und Behinderungen auf dem Bildungsweg möglich sind.

In weiteren Erarbeitungen des Arbeitskreises wurden detaillierte Vorschläge für die Funktion eines BEFG-Beauftragten für Wehrdienstfragen vorgelegt. Dieses Anliegen stand 18 (!) Jahre lang auf der Tagesordnung der

BL; erst 1985 kam es zur Berufung eines Beauftragten für Wehrdienstangelegenheiten, Pastor Uwe Dammann.³⁹

Seit Anfang der 1970er Jahre wurden an die BL vermehrt problematische Einzelfälle herangetragen mit der Bitte um Hilfe, z. B. 1972 bei einer Exmatrikulation wegen Verweigerung des Waffendienstes während des Studiums;⁴⁰ bei Einberufungen von Studenten bzw. Seminarabsolventen während des begonnenen Vikariats zu den Bausoldaten;⁴¹ bei Totalverweigerungen bzw. bei Verweigerung des Reservistendienstes mit der Waffe⁴². Gemäß der Grundlinie des Bundes wurde versucht, Hilfe im jeweiligen Einzelfall zu bieten, u. U. bis zur Vorsprache im Staatssekretariat für Kirchenfragen (SfK).⁴³ Erst 1986 konnte eine Grundsatzvereinbarung mit dem SfK getroffen werden, dass Seminarbewerber *vor* dem Studium zum Grundwehrdienst einberufen werden.⁴⁴ Im Blick auf Verweigerer bewährte sich die bereits von den Evangelischen Kirchen praktizierte Vorgehensweise, dass dem SfK rechtzeitig der betreffende Verweigerungswille mitgeteilt wurde, um in diesem Fall eine Einberufung zu vermeiden; dies kam auch dem Staat entgegen. Zur Problematik der Waffendienstverweigerung von vereidigten Reservisten wurde 1984 immerhin im BEFG-Monatsblatt „Wort und Werk“ eine evangelische Stellungnahme abgedruckt, die die Forderung nach Gewissensfreiheit auch in diesen Fällen enthielt.⁴⁵

1978 wurde – wenige Wochen nach dem legendären Staat-Kirche-Gespräch am 6. März – die Einführung des Wehrkundeunterrichtes an den Schulen beschlossen. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) verfasste daraufhin ein Wort an ihre Gemeinden (Kanzelbrief), das zugleich mit ausdrücklichem Vermerk auch an die BEFG- und Evangelisch-methodistischen Gemeinden versandt wurde, da deren Vertreter an den Beratungen der Konferenz beteiligt waren; in der Anlage eine 5-seitige Orientierungshilfe. Die BL zeigte sich „beunruhigt“ (Protokoll!) und betonte, dass in dieser Frage besonders das Gespräch mit den Eltern gesucht werden müsse.⁴⁶

1981 wurde der Dresdner Aufruf zum Sozialen Friedensdienst (SoFd) verbreitet. In diesem Zusammenhang erreichten auch die BL Zuschriften, u. a. von einer Bausoldatengruppe sowie von einem Jugendtag des BEFG-Gemeindejugendwerkes in Erfurt.⁴⁷ Die BL beschloss, zunächst keine eigene Stellungnahme zu verfassen und den Kontakt zu den Leitenden Geistlichen der Evangelischen Landeskirchen zu suchen. Schließlich schrieb sie einen

³⁹ Zum Beispiel BL-Protokolle vom 20. 9. 1980, 27./28. 2. 1981, 20. 5. 1981, 26./27. 2. 1982, 30. 5. 1984, 7./8. 12. 1984, 7. 9. 1985, 29./30. 11. 1985, ebd. Band III.

⁴⁰ BL-Protokoll vom 25./26. 2. 1972, ebd. Band II.

⁴¹ BL-Protokolle vom 19./20. 11. 1976, 7./8. 11. 1980, 4./5. 6. 1982, ebd. Bände II und III.

⁴² BL-Protokolle vom 29. 2./1. 3. 1980, 6./7. 6. 1980, ebd. Band III.

⁴³ Vgl. Korrespondenzen in Mappe Wehrpflicht, ebd., 2.1/SK 125.

⁴⁴ BL-Protokolle vom 28. 2./1. 3. 1986, 6./7. 6. 1986, ebd. Band IV.

⁴⁵ „Wort und Werk“ 2 (1984), 16.

⁴⁶ BL-Protokolle vom 31. 5. 1978, 15./16. 9. 1978, ebd. Band II.

⁴⁷ BL-Protokolle vom 20. 5. 1981, 4./5. 9. 1981, ebd. Band III.

Antwortbrief an die jeweiligen Absender.⁴⁸ Sie bat darin – der bisherigen Grundlinie treu – um Verständnis für alle Positionen und erklärte, für den SoFd nur gemeinsam mit den anderen Kirchen einzutreten, nicht ohne in einem moralischen Schlenker zu erwähnen, dass der SoFd persönliche Opfer an Zeit und Geld fordern werde und die Betroffenen ihre Bereitschaft dazu schon jetzt unter Beweis stellen könnten durch ihre Beteiligung am Diakonischen Jahr.

Im Juni 1982 verabschiedete die BL erneut einen Brief an die Gemeinden zur aktuellen Friedensdiskussion, in dem sie betonte, die Fragen eines zeichenhaften Friedensdienstes und christlichen Friedenszeugnisses gemeinsam mit den anderen Kirchen zu bewegen.⁴⁹

Das MfS untersuchte 1980 erneut das Wehrdienstverhalten der Freikirchen.⁵⁰ U. a. wurde das neue Glaubensbekenntnis von 1978 analysiert und dankbar festgestellt, dass es keine lehrmäßig begründete Wehrdienstverweigerung enthält. Allerdings begünstige es indirekt doch diesen Weg, Zitat: „Es entspricht nicht dem Willen Gottes, dass Gesellschaft und Staat den Menschen in seiner Ganzheit beanspruchen.“⁵¹ Dieser Passus sei auf den staatlichen Anspruch des Waffendienstes ausdeutbar, der in der Tat den Einsatz des Lebens, also den ganzen Menschen, erfordern kann. „Damit kann die *bapt. Leitung in der DDR nicht mehr völlig von der Mitverantwortung für eine Ausrichtung auch auf Wehrdienstverweigerung unter ihren Mitgliedern freigesprochen werden.*“

Das Gemeindejugendwerk (GJW) des BEFG mühte sich, den in Gewissensnot stehenden Jugendlichen weitere Orientierungshilfen zu vermitteln. So wurden die Jugendwarte der Vereinigungen und die Pastoren über die Termine der Beratungstage der Landesstellen der Evangelischen Jungmännerwerke für Wehrpflichtige informiert, die vor allem unmittelbar vor den Einberufungen stattfanden.⁵² Jugendwarte und Pastoren des BEFG konnten über das GJW an die nur intern weitergegebenen Materialien der Landeskirchen und der Jungmännerwerke gelangen. Als Beispiele seien zwei wichtige Texte der KKL genannt:

- „Zum Friedensdienst der Kirchen“. Eine Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen, 1965
- (darauf aufbauend) „Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung“, 1982

Von den Evangelischen Jungmännerwerken wurden zahlreiche weitere Papiere verfasst, z. B.:

⁴⁸ Anlage zum BL-Protokoll vom 10./11. 12. 1981, ebd.

⁴⁹ Brief an die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden, Bundeswerke und Mitarbeiter vom 8. 6. 1982 mit „Stellungnahme der Bundesleitung“, in: ebd., BL-Protokoll vom 4./5. 6. 1982, Anlage 1.

⁵⁰ Archiv BStU, MfS HA XX/4 Nr. 3521, 18 f (zerrissene rekonstruierte Akte).

⁵¹ Rechenschaft vom Glauben, Teil 2. II. 4, Bundesratstagung Berlin-Weißensee 1978.

⁵² K. Pritzkeleit (GJW) an die Vereinigungsjugendwarte, den Studentenwart, die Pastoren, Brief vom 31. 3. 1981, in: Mappe Wehrpflicht, ebd. 2.1/SK 125.

- „Bausoldaten – ein Zeichen für den Frieden?!“. Eine Orientierung für kirchliche Mitarbeiter, 1984
- „Du sollst nicht töten - aber wie dann leben.“ Erfahrungen und Überlegungen junger Christen zur Situation des Bausoldatenseins, Mitarbeiterhilfe des EJMw Thüringen, 1986

Außerdem kursierten in den Gemeinden die Berichte von verschiedenen Bausoldaten-Jahrgängen, die am Ende ihrer Dienstzeit oft umfangreiches Material für ihre Nachfolger zusammentrugen und detaillierte Hinweise gaben.⁵³

Die einzige wirkliche Orientierungshilfe des BEFG erarbeiteten Siegfried Rosemann und Matthias Roth im Auftrag des GJW im April 1983 unter dem Titel: „Materialhilfe zu Fragen des Wehrdienstes“. Die 30-seitige Vervielfältigung war ausdrücklich nur für die Hände der Pastoren und Gemeindeleiter gedacht und wurde auf Anfrage versandt. Sie enthält die gesetzlichen Grundlagen für den Wehrdienst, detaillierte Hinweise für Wehrpflichtige im Blick auf die drei möglichen Entscheidungen (Aktiver Wehrdienst, Bausoldaten, Totalverweigerung), seelsorgerliche Hilfestellungen und viele Zitate als Denkanstöße. Besonders beachtlich, dass sie das Wort vom „deutlicheren Zeugnis“ der Wehrdienstverweigerer aus der Handreichung der KKL von 1965 aufnimmt!

Die BL des BEFG begrüßte die Materialhilfe als „wertvolle und praktische Hilfe“.⁵⁴ In einer Beurteilung zur Materialhilfe aus dem SfK heißt es:

„[durch] eine einseitige Orientierung auf den Dienst als Bausoldat [...] wird die in bisherigen Stellungnahmen des BEFG betonte freie Gewissensentscheidung des einzelnen verlassen, sich vom Glauben her prinzipiell für alle drei Möglichkeiten entscheiden zu können.“⁵⁵

Das SfK äußerte ferner die Befürchtung, dass eine zu große Nähe zur Evangelischen Kirche, in diesem Fall zum Jungmännerwerk, sich negativ auswirke für den BEFG. Diese Sorge wurde übrigens auch ausgedrückt im Blick auf die Aktivierung der Friedensarbeit in den anderen Freikirchen, wie der Evangelisch-methodistischen Kirche und der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten. Diese Kirchen dürften nicht mehr als Randfragen behandelt werden, sondern müssten „offensiv“ bearbeitet werden.⁵⁶

Dieses GJW-Papier hatte seine Nachgeschichte: 1984 fiel es durch einen unglücklichen Umstand in einer Magdeburger Schule in die Hände des Staates. Im Gespräch des SfK mit Vertretern der BL wurde ein deutliches

⁵³ Sammlung bei R. Assmann.

⁵⁴ BL-Protokoll vom 2./3. 3. 1984, Oncken-Archiv Elstal, Band III.

⁵⁵ Abteilung II, „Information über eine vom Gemeindejugendwerk des BEFG in der DDR erarbeitete ‚Materialhilfe zu Fragen des Wehrdienstes‘“ vom 9.10.1984, Bundesarchiv Berlin, DO-4/1387.

⁵⁶ (5.) „Zu einigen Entwicklungen in ‚kleinen‘ Kirchen und Religionsgemeinschaften“ (1985?), ebd., DO-4/990.

Missfallen ausgedrückt;⁵⁷ größter Ärger war wohl, dass das SfK erst 18 Monate nach Erscheinen des Papiers davon Kenntnis erhielt!

Die drängenden Friedensfragen veranlassten die BL, im November 1983 eigens dafür eine Klausurtagung in Gnadau einzuberufen.⁵⁸ Eingeladen waren außerdem einige Vertreter des GJW. Das wichtigste Ergebnis war die Berufung eines Arbeitskreises Friedensfragen, der sich 1984 konstituierte. Leider wurden die zahlreichen wertvollen Erarbeitungen des Arbeitskreises nicht in die Gemeinden weitergegeben.⁵⁹ Die Fragen des Wehrdienstes spielten allerdings kaum eine Rolle, jedoch gab der Arbeitskreis wesentliche Impulse für die Teilnahme des BEFG an der Ökumenischen Versammlung 1988/89. Diese sprach sich deutlich für eine vorrangige Option für Gewaltfreiheit aus, anerkannte aber weiterhin die Gewissensentscheidung des Einzelnen.⁶⁰ Die BL befürwortete 1990 in ihrer Stellungnahme zu den Ergebnistexten der Ökumenischen Versammlung deutlich diese Position, die sie vom Evangelium her unterstrich. Und sie hielt es für notwendig, dass die von der zuletzt gewählten Volkskammer beschlossene sehr großzügige Zivildienstregelung in bundesdeutsches Recht übernommen wird.⁶¹

Aber sie ging erstmals noch weiter – und das ist beachtlich als Wort der BL: Zum Text der ÖV „Kirche des Friedens werden“ erklärte sie:

„Für unser Verständnis von Gemeinde lernen wir, das Engagement für diese Welt nicht nur Einzelnen und Gruppen zu überlassen, sondern es auch gemeinsam als Leib Christi zu leben.“⁶²

Schließlich sei noch ein Gespräch des Präsidiums der Vereinigung Evangelischer Freikirchen mit dem SfK im Mai 1989 erwähnt, bei dem sowohl der SoFd, der waffenlose Dienst für vereidigte Reservisten als auch das diskriminierende Verhalten gegenüber gläubigen NVA-Soldaten angesprochen wurde, freilich immer noch ohne Erfolg für den SoFd.⁶³

Leider waren viele Kräfte gerade in dieser Zeit mit innerbündlichen Problemen beschäftigt. Besonders die neuen freien charismatischen Gemeinden drohten viele Gemeinden zu zerreißen. Auch für die Stasi waren diese Gruppen in den 1980er Jahren ein großes Thema. Am Schluss also

⁵⁷ R. Dammann, Aktenvermerk über ein Gespräch im SfK am 21.11.1984, Akte SfK Band 3, Oncken-Archiv Elstal, 2.1/SK 81.

⁵⁸ BL-Protokolle vom 10./11.12.1982, 9./10.12.1983, ebd. Band III.

⁵⁹ Akte AK Friedensfragen, ebd., 2.1/SK 124.

⁶⁰ Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden-Magdeburg-Dresden, 1–37, 5–34, in: EKD-Texte Nr. 38, hg. vom Kirchenamt der EKD, Hannover 1991, 33, 66 ff.

⁶¹ „Stellungnahme ...“ von Vertretern der Bundesleitung und des Arbeitskreises „Gemeinde mit Weltverantwortung“ vom 8.12.1990, in: Oncken-Archiv Elstal, BL-Protokoll vom 1./2.3.1991, Anlage 5, Band IV.

⁶² Ebd. zu 7.

⁶³ Abt. II, Information über ein Gespräch des Staatssekretärs mit dem Präsidium der Vereinigung Evangelischer Freikirchen in der DDR am 17.5.1989 in Dresden, 18.5.1989, Bundesarchiv Berlin DO-4/987.

eine kleine Episode: Ein Bausoldat sammelte 1986 in Thüringen eine neue Elimgemeinde, viele der Mitstreiter waren auch ehemalige Bausoldaten. Die Stasi witterte sofort eine Widerstandsgruppe und legte eine Operative Personenkontrolle an. Tief erleichtert heißt es ein Jahr später, die Motive für die Gemeindegründung des Bausoldaten seien rein religiöser Natur, sie träten in keiner Weise feindlich-negativ in Erscheinung.

Zusammenfassung

Bausoldaten waren keine Helden. Nicht einmal als Opposition hätten sie sich verstanden. Stets war ihnen die Kompromisshaftigkeit ihrer Entscheidung bewusst, viele haben darunter gelitten, nicht mutiger den Schritt der Totalverweigerung gewagt zu haben. Aber gerade in diesen Spannungen haben viele von ihnen gelernt, ihr Friedenszeugnis zu begründen und dafür einzustehen. Auch für die jungen Männer aus dem BEFG (viele von ihnen kamen übrigens aus den Brüdergemeinden!) waren die Bausoldaten ein Lernfeld in Friedensethik und natürlich in Ökumene.

Die Leitung des BEFG verhielt sich nach dem alten Muster, die Entscheidung über aktiven Wehrdienst, Bausoldaten oder Wehrdienstverweigerung der Gewissensentscheidung des Einzelnen zu überlassen, dann aber mit seelsorgerlicher und praktischer Hilfe zur Seite zu stehen. Es gab einzelne Versuche, darüber hinaus ethische Richtlinien zu entwickeln, Bausoldaten spielten dabei eine wichtige Rolle. Leider blieben diese Texte zumeist unveröffentlicht. Die guten Beziehungen zu den Landeskirchen und schließlich die Ökumenische Versammlung 1988/89 öffneten auch im Bund viele Türen zu neuem Denken in theologischen und politisch-ethischen Fragen.

Hoffnungsvolle Ansätze, dass sich im BEFG eine Friedensbewegung entwickeln könnte, dass er selbst zu einer Kirche des Friedens werden könnte, waren 1990 einfach noch zu zart. Die Wende kam für uns zu früh.